

„Gymnasieskola“, „Comprehensive School“

Gesamtschulen in den europäischen Nachbarländern

Was in der Bundesrepublik, je nach politischem Standort, als besonders kühnes oder besonders gefährliches Experiment gilt, ist für andere Länder längst schulpolitische Wirklichkeit.

In Schweden und in Italien haben die Parlamente bereits 1962 die Gesamtschule kraft Gesetz zur Regelschule erklärt, für alle Schüler bis zum 16. beziehungsweise 14. Lebensjahr. Seit 1968/69 ist die Gesamtschule in Finnland und Norwegen beschlossene Sache, seit 1975 in Dänemark und Frankreich, seit 1976 in England und Griechenland.

In den skandinavischen Ländern und in Italien bestimmt die Gesamtschule, jedenfalls bis zum Ende der jeweiligen gesetzlichen Pflichtschulzeit, inzwischen vollständig den Schulalltag. In England und Frankreich besuchen, mit starken regionalen Unterschieden, bereits vier von fünf Sekundarschülern eine Gesamtschule.

Für die Gesamtschule haben mal sozialdemokratische, mal bürgerliche Parteien gestritten, die Einführungsbeschlüsse wurden hier und da mit Zustimmung auch anderer Parteien gefaßt. Aber auch dort, wo es politische Auseinandersetzungen gab, erreichte die Debatte nie die Unsachlichkeit und Vehemenz westdeutscher Streitereien.

Im schwedischen Reichstag stimmten vor 18 Jahren alle Parteien für das einheitliche Schulsystem, das seither keinerlei Ausleseschulen mehr zuläßt. Die neue Gesamtschule ermöglicht jedem Schüler nach Abschluß der neunjährigen, in festen Klassenverbänden geführten Grundschule den Zugang zur „Gymnasieskola“, zur Gesamtoberschule. Dort wird in einem differenzierten Kurs-System („Linien“) berufliche Grundausbildung ebenso angestrebt wie die Vorbereitung auf Universitäts-Studiengänge.

Als die bürgerlichen Parteien 1976 die schwedischen Sozialdemokraten in der Regierung ablösten, nahmen sie kaum Abstriche an dieser Schulform vor, die sich als „permanent“ versteht und seit zwei Jahren mit einer breiten Diskussion über beabsichtigte Veränderungen in der „inneren Arbeit der Schule“ in eine neue Phase getreten ist.

Dieses Konzept sieht für die Zukunft unter anderem einen „integrierten Schultag“ vor, der freie Aktivitäten der Schüler in Verbindung mit außerschulischen Organisationen, zum Bei-

spiel Sportvereinen, ebenso einbeziehen soll wie besondere Fördermaßnahmen für schwächere Schüler.

In Großbritannien war das Bildungsgesetz von 1976, mit dem die zuständigen Regionalbehörden auf eine Reorganisation in Richtung Gesamtschule („Comprehensive School“) verpflichtet wurden, ein Reformwerk der Labour Party. Die Konservativen stimmten zwar dagegen, aber bereits 1977, lange vor dem Wahlsieg Margaret Thatchers,



Französische Gesamtschule: Reform gegen die Linken

versicherten sie, es im Falle eines Regierungswechsels bei den Gesamtschulen belassen zu wollen.

Inzwischen gehen in England rund 80 Prozent der Schüler im Sekundarschulalter auf Gesamtschulen, in Schottland sind es weit über 90 Prozent. Etwa fünf Prozent der schulpflichtigen Kinder in Großbritannien besuchen „Public Schools“, die mehr oder minder elitären Privatschulen à la Eton; die übrigen gehen auf die noch übriggebliebenen „Grammar Schools“, die etwa den deutschen Gymnasien entsprechen, und auf „Secondary Modern Schools“, die eine Schulstufe zwischen der deutschen Hauptschule und der Realschule darstellen.

Auch die englische Gesamtschule, die auf sechs Jahre einheitlicher Primarschule aufbaut, operiert in den sogenannten akademischen Fächern wie Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften mit einer Art Leistungs-differenzierung.

Die — nicht obligatorische — Oberschule („Sixth Form“) des englischen Schulsystems hat sich in den vergangenen Jahren und mit zunehmender Gesamtschuldichte ebenfalls stark verändert. Längst wird diese Möglichkeit, die Schule ein bis zwei Jahre länger besuchen zu können, nicht mehr allein von akademisch ambitionierten Schülern wahrgenommen, sondern zunehmend auch von solchen Jugendlichen, die entweder vorerst keinen Arbeitsplatz finden können oder aber ihre Berufschance von vornherein durch Bildungserweiterung verbessern wollen.

Wer die Gesamtschule mit 16 Jahren erfolgreich abschließt, erhält das normale Abschlußzeugnis, doch scheint das Fortgeschrittenen-Zeugnis nach noch zwei weiteren erfolgreichen Schuljahren immer mehr an Attraktivität zu gewinnen.

Diese Entwicklung hat bereits spürbare Konsequenzen für das Unterrichtsangebot: Neben zahlreichen Fächerkombinationen für zukünftige Studenten offeriert die englische Oberstufe mittlerweile ausgesprochen

berufsbezogene Ausbildung, wenn auch bislang fast ausschließlich für den kaufmännischen und den Büro-Bereich. Neue „Sixth Forms“ und „Tertiary Colleges“ (Oberstufen-Zentren) sollen in Zukunft für ein noch breiteres Berufsbildungsangebot sorgen.

In Frankreich ist die Einführung der Gesamtschule („Collège“) vor fünf Jahren gegen die Stimmen der Links-Opposition beschlossen worden. Sowohl Sozialisten als auch Kommunisten kritisierten, die Reform orientiere sich zu stark am zukünftigen Arbeitskräftebedarf der Unternehmen und diene vorrangig deren Interessen; die wirklichen Ursachen für Chancenungleichheit lägen in der Vorschulzeit.

Erklärte Reformziele der französischen Gesamtschule sind: Kompensation ungleicher sozialer Voraussetzungen, Anpassung der Schule an individuelle Schülerbedürfnisse und die bessere Vermittlung von Grundwissen und technischer Kompetenz.

Das „Collège“ ist eine integrierte Gesamtschule mit einer Beobachtungsphase während der ersten zwei Jahre (6. und 7. Klasse) und Pflichtkursen in der Muttersprache, einer Fremdsprache, Mathematik, Wirtschaftslehre, Biologie, Physik, Werken und Sport. Eine systematische äußere Leistungsdifferenzierung wie an westdeutschen Schulen ist nicht vorgesehen.

Stützkurse für schwächere Schüler können ebenso organisiert werden wie Fördermaßnahmen für überdurchschnittlich Begabte, jedoch lediglich außerhalb der regulären Schulzeit. Dafür steht jeder Schule ein besonderer Etat zur Verfügung.

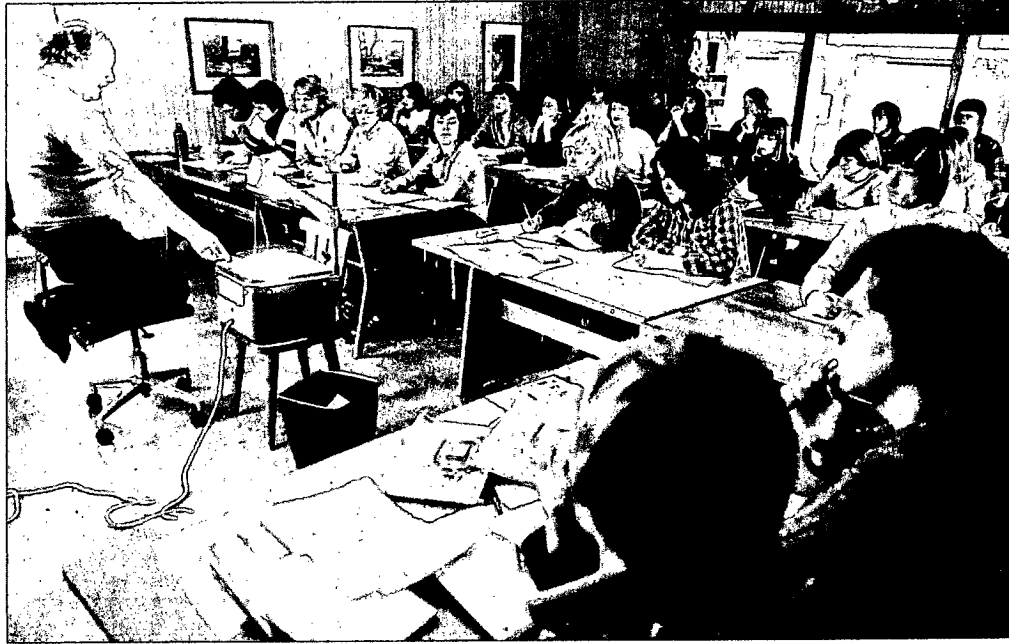
Am Ende der obligatorischen neunjährigen Schulzeit wird ein Abschlußzeugnis („Brevet des Collèges“) erteilt, das jedoch nicht automatisch zum Übergang an das weiterführende Gymnasium („Lycée“) berechtigt. Dafür muß entweder eine besondere Empfehlung des Lehrerrats der Schule vorliegen oder eine Aufnahmeprüfung absolviert werden.

In Italien ist die achtklassige Einheitsschule bereits seit Jahren Realität. Die Mittelstufe „Scuola Media“ setzt die fünfklassige Primarschule („Scuola Elementare“) für weitere drei Jahre fort, ist obligatorisch und ohne jede Konkurrenz durch staatliche Ausleseschulen.

Mit bestandener Abschlußprüfung erwirbt der dann in der Regel 14jährige Schüler ein Zeugnis, das ihn ohne jede Nachprüfung zum Besuch aller weiterführenden Schulformen der Sekundarstufe berechtigt — der fünfklassigen Gymnasien ebenso wie der vierklassigen berufsvorbereitenden Schulen („Istituti Professionali“).

Die italienische Reform wurde von den Christdemokraten angeregt und von allen Parteien gebilligt. Die italienische Gesamtschule versteht sich ausdrücklich als nicht selektiv und verzichtet daher auch auf äußere Differenzierung. Sonderkurse, etwa für lernschwache Schüler, wurden schon nach wenigen Jahren wieder abgeschafft und durch individuelle Förderung im Klassenverband ersetzt.

Allerdings haben vor allem in den Großstädten von der vollständigen Durchsetzung der Gesamtschule auch die schulgeldpflichtigen Privatschulen profitiert. Gleichzeitig konnte die obligatorische Einheitsschule jedoch die Zahl jener erheblich senken, die ohne jeden Sekundarabschluß die Schule verlassen.



Schwedische Gesamtschule: Unterricht in Linien

tisierte, „pädagogisch veraltet, bevor der letzte Pinselstrich trocken war“.

Der 1959 vom „Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen“ vorgelegte „Rahmenplan“ für die Umgestaltung des Schulwesens enthielt zwar immerhin den Vorschlag, „Förderstufen“ zur Überwindung der starren Grenzen zwischen Volksschule und Gymnasium einzuführen.

Doch erst als 1964 der Heidelberger Religionsphilosoph Georg Picht den „Bildungsnotstand“ ausrief, dämmerte in Rückbesinnung auf die zagen Reformansätze der unmittelbaren Nachkriegszeit die Einsicht, daß mit dem überkommenen Schulsystem grundsätzlich etwas nicht in Ordnung sein könne.

Damals traf die Wirtschaftswunderdeutschen wie ein Schock, daß sich die Zahl der einklassigen Volksschulen während der Adenauer-Zeit verdoppelt hatte, daß in Ländern wie Norwegen oder Belgien jeder dritte Schüler die mittlere Reife erwarb, im Saarland aber beispielsweise nur jeder zwanzigste. „Wir haben noch immer“, fand der Soziologe Hans Paul Bahrdt 1966, „die Bildungsprivilegien der alten Klassengesellschaft.“

Europäische Nachbarländer waren um diese Zeit schon dabei, die aus dem vergangenen Jahrhundert überkommenen Schulstrukturen aufzulockern und gesamtschulartige Systeme einzuführen (siehe Kasten). In der Bundesrepublik setzte nun wenigstens eine breite Diskussion ein, 1968 wurde in West-Berlin — im Rahmen eines Versuchsprogramms — die erste Gesamtschule eröffnet, die Walter-Gropius-Schule im Stadtteil Britz-Buckow-Rudow.

Daß mindestens 40 solcher Schulen in einem bundesweiten Versuchspro-

gramm eingerichtet werden sollten, war dann 1969 die Empfehlung des Deutschen Bildungsrates, der die reformerische Planungsarbeit des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen fortsetzte.

Der Bildungsrat: „Den Ausgangspunkt aller Begründungen für die Notwendigkeit von Gesamtschulen bildet die Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen. Heute wird darüber hinaus deutlich, daß eine Schulreform zugunsten einer größeren Chancengleichheit auch zu einer besseren Schule für alle Schüler führen kann.“

Für die Sozialdemokraten, die kurz darauf mit den Liberalen in Bonn an die Regierung kamen, war das Ohrenschmaus. Chancengleichheit — das Postulat paßte in die Aufbruchstimmung der Ära Brandt, und wie sich die SPD von der Apo in Sachen Reform hatte Beine machen lassen, so ließ sie sich auch gern vom Ausland bescheinigen, wie not die Bildungsreform tue.

Anfang der siebziger Jahre inspierte eine Kommission der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) die Bildungsinstitutionen der Bundesrepublik. Fünf namhafte Wissenschaftler aus Großbritannien, Frankreich, Schweden und den USA, unter ihnen der vormalige französische Erziehungsminister Alain Peyrefitte, unterzogen das überkommene System einer ausgiebigen Prüfung und bezeichneter es rundherum „als rückständig“.

Die Wissenschaftler stellten damals, ohne direkten Bezug zur westdeutschen Situation, aber in eindeutigem Sinnzusammenhang, den „charakteristischen Merkmalen eines überlebten Schulsystems“ die „Grundzüge einer modernen Schule“ gegenüber. Auszug: